

# Forschungsplan Wohnbau. I. Die gesetzlichen Grundlagen der Forschungstätigkeit im Wohnungsbau

Autor(en): **Schweiz. Der Delegierte für Wohnungsbau**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **86 (1968)**

Heft 7

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69984>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Forschungsplan Wohnbau

## Vorbemerkung der Redaktion

In der Vollzugsverordnung I zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus (vom 22. Februar 1966) sind unter anderem allgemeine Bestimmungen für die Tätigkeit der Eidgenössischen Wohnbaukommission enthalten. Unmittelbaren Bezug auf die nachfolgende Publikation nehmen Art. 2 und Art. 6 der Vollzugsverordnung.

Art. 6 ist zu entnehmen, dass die vom Volkswirtschaftsdepartement ernannte Forschungskommission Wohnungsbau gehalten ist, einen *Forschungsplan* aufzustellen, aus welchem der Dringlichkeitsgrad der einzelnen Arbeiten hervorgeht.

Art. 2 bestimmt, dass die Arbeiten der Wohnbaukommission

den interessierten Kreisen zur Kenntnis zu bringen oder allgemein zu veröffentlichen sind.

Beiden vom Bund gestellten Aufgaben kommt die Forschungskommission nach, indem der Forschungsplan an dieser Stelle (ausnahmsweise in Grotesk-Schrift) publiziert und ausserdem in einem Separatdruck in Kommission bei der Verlags-AG der akademischen technischen Vereine, Postfach 630, 8021 Zürich, bezogen werden kann. Da es sich um eine bundeseigene Veröffentlichung handelt, ist auch der Nachdruck gestattet.

Anlässlich einer Pressekonferenz vom 13. Februar 1968 in Bern wurde dieser Forschungsplan und das Projekt der «Schriftenreihe Wohnungsbau» der Bundesstadtspresse unterbreitet.

## I. Die gesetzlichen Grundlagen der Forschungstätigkeit im Wohnungsbau

Im Oktober 1963 publizierte die Eidgenössische Wohnbaukommission einen Bericht über «Wohnungsmarkt und Wohnungsmarktpolitik». Die Schlussfolgerungen dieses Berichtes bildeten die Grundlage für eine Botschaft des Bundesrates vom 21. September 1964 an die Bundesversammlung. Diese beschloss am 19. März 1965 das Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues, das am 1. März 1966 in Kraft trat. Das Gesetz stützt sich auf die Bundesverfassung, Artikel 34 quinquies, Absatz 3, der wie folgt lautet:

«Der Bund ist befugt, auf dem Gebiete des Siedlungs- und Wohnungswesens Bestrebungen zugunsten der Familie zu unterstützen. Ein Bundesgesetz wird bestimmen, an welche Bedingungen die Bundesbeiträge geknüpft werden können; es werden die baupolizeilichen Bestimmungen der Kantone vorbehalten.»

Es ist klar, dass diese verfassungsmässige Grundlage nur eine schmale Basis für eine positive Beeinflussung des Baugeschehens bildet und dass dementsprechend die Massnahmen auf einen engen Bereich begrenzt werden müssen. Der Grundsatz des Bundesgesetzes lautet gemäss Art. 1:

«Zur Normalisierung des Wohnungsmarktes im Interesse der Familien trifft der Bund geeignete Massnahmen und fördert Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, ein angemessenes Angebot an neuen Wohnungen zu sichern und eine zweckmässige Besiedelung zu erreichen. Er fördert insbesondere Bestrebungen, die zur Verbesserung des Angebotes an neuen Wohnungen mit tragbaren Mietzinsen für Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen (sozialer Wohnungsbau) beitragen. Der Bund kann seine Hilfe mittelbar und unmittelbar gewähren.»

Der Bund erhielt damit erstmals die Aufgabe, eine zweckmässige Besiedelung zu fördern und zur Erhöhung der Produktivität im Wohnungsbau beizutragen. Das sind neue, komplexe und umfassende Aufgaben, die praktisch in alle Belange der Politik und Wirtschaft greifen und auch unsere föderalistische Staatsstruktur berühren. Sie werden etwas ausführlicher umschrieben in der Vollzugsverordnung I (VVO I) zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues (Mittelbare Bundeshilfe) vom 22. Februar 1966.

Die Aufgaben zur Erhöhung der Produktivität im Wohnungsbau sind im Bundesgesetz vom 19. März 1965, Art. 3, wie folgt umschrieben:

«Für Forschungsarbeiten zur Erhöhung der Produktivität im Wohnungsbau, die nicht unmittelbar Erwerbszwecke verfolgen, kann Bundeshilfe gewährt werden. Ausnahmsweise kann der Bundesrat auch direkt solche Forschungsaufträge erteilen. Bundeshilfe wird nur gewährt, wenn an den Arbeiten direkt oder indirekt interessierte Organisationen, Institutionen oder Unternehmungen sich an der Finanzierung angemessen beteiligen. Der Bund kann an die Kosten von Forschungsarbeiten, für die er der Auftrag nicht direkt erteilt hat, Beiträge bis zu 40 Prozent leisten. Die Aufwendungen des Bundes gemäss diesem Artikel dürfen insgesamt den Betrag von 10 Millionen Franken nicht überschreiten.»

Artikel 4 des erwähnten Bundesgesetzes legt die Aufgaben der zweckmässigen Besiedelung, d. h. Landesplanung, Regional- und Ortsplanungen fest.

Für den Vollzug der Aufgaben einer sinnvollen Besiedelung ist das Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung (ORL-Institut) der Eidg. Technischen Hochschule in Zürich, in Zusammenarbeit mit andern Institutionen und Organisationen betraut (VVO I, Art. 17). Die Aufgaben der Förderung der Produktivität im Wohnungsbau sind gemäss Verfügung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements vom 28. Juni 1966 der «Forschungskommission Wohnungsbau» (FKW) übertragen. Der Delegierte für Wohnungsbau übte anfänglich den Vorsitz in der Kommission aus und ist seit seiner Ablösung durch Herrn Prof. Hans Hauri, ETH, weiterhin Mitglied der FKW. Im Sinne der Koordination sind das Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung an der ETH in Zürich und das Eidgenössische Bureau für Wohnungsbau durch Beisitzer in den Kommissionssitzungen vertreten. Die Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Wohnbaukommission ist ebenfalls gewährleistet.

Die Grundlagen für eine Erhöhung der Produktivität im Wohnungsbau lassen sich nur durch einen planmässigen Einsatz wissenschaftlichen und technischen Forschens, Wissens und Könnens erarbeiten. Bis heute wurde in der Schweiz in dieser Richtung leider wenig geleistet. Industrien mit verhältnismässig grossen Unternehmen, wie z. B. in den Branchen der Chemie, des Automobil- und des Maschinenbaues, geben beträchtliche Summen für die Forschung und für die Entwicklung neuer Verfahren aus. In Wirtschaftszweigen mit sehr zahlreichen kleinen Einzelfirmen, wie im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor, fallen diese Aufwendungen kaum ins Gewicht. Denn hier ist keine Firma gross genug, um sich Forschungsinvestitionen von ausschlaggebender Bedeutung leisten zu können. Es ist klar, dass hier der Staat koordinierend und fördernd wirken muss. Zieht man in Erwägung, welche Leistungen auf andern Gebieten, Physik, Medizin, Chemie usw., erzielt werden, so kann das Fehlen entsprechender Anstrengungen im Bauwesen nicht weiter verantwortet werden.

Die Schweizerische Gesellschaft für Koordination und Förderung der Bauforschung (GFB) hat folgende Definition des Begriffes «Bauforschung» erarbeitet:

«Bauforschung will die Voraussetzungen und Bedingungen des Bauens, angefangen bei der Orts-, Regional- und Landesplanung, der Beschaffung und Erschliessung des Baulandes bis zur Fertigstellung, Nutzung und zum Unterhalt des Bauwerks, in technischer, wirtschaftlicher, rechtlicher, soziologischer und hygienischer Hinsicht untersuchen und klarstellen und zu neuen Erkenntnissen im Hinblick auf eine optimale Auswertung aller Gegebenheiten des Baugeschehens gelangen. Ihr Endziel besteht darin, praktisch verwertbare Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen und dadurch zu zweckdienlicherem, besserem, rascherem und preiswerterem Bauen zu weisen.»

Schon diese Definition zeigt die Fülle der Aufgaben und Probleme, die es zu bewältigen gilt. Welcher praktische Weg nun beschritten wird, zeigt der nächste Abschnitt auf.

Ing. Fritz Berger  
Delegierter für Wohnungsbau